

DIE WELTWOCHEN

Brief aus Berlin

Meister des Postfaktischen

Die Strategien von Union und SPD für den kommenden Bundestagswahlkampf beruhen zum grossen Teil auf alternativen Fakten. Die Medien helfen kräftig mit.

Thilo Sarrazin

Unmittelbar nach Trumps Wahlsieg beklagte Angela Merkel im Bundestag Verzerrungen der politischen Berichterstattung im Internet und schlug vor, hierfür notfalls gesetzliche Regeln zu schaffen. Justizminister Heiko Maas (SPD) liess sich nicht lange bitten und drohte Bussgelder an, wenn Facebook nicht härter gegen Fake News vorgehe. Wie genau es die Kritiker im bevorstehenden Bundestagswahlkampf selbst mit den Fakten nehmen, zeigen folgende Beispiele:

1 – Der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, hat sich in den zehn Wochen seit seiner Kür zu den beiden zentralen Fragen der deutschen Politik, der Zukunft des Euro und der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, noch gar nicht geäussert. Stattdessen spricht er über eine Gerechtigkeitslücke, die sich angeblich in den letzten zehn Jahren aufgetan habe. Sie gehört in die Welt der alternativen Fakten, denn sie ist in den Statistiken nicht zu entdecken. ^[1] Diese zeigen vielmehr das Gegenteil: sinkende ^[2] Arbeitslosigkeit, steigende Realeinkommen, keine Zunahme materieller Ungleichheit bei den Einkommen.

Angestiegen sind die Vermögenspreise, getrieben durch die leichte Geldpolitik der EZB, die die südlichen Mitgliedsländer vor dem Finanzkollaps bewahren soll. Das begünstigt die Besitzer von Immobilien und Aktien und benachteiligt Vermögensbesitzer. Zu ihnen zählen die kleinen Leute, deren grösstes Vermögen das Sparbuch und die Lebensversicherung sind. Dazu hört man nichts vom Kanzlerkandidaten. Für den Wahlkampf hat er sich eine virtuelle Kampfstätte gebaut, auf der ein Schattenboxen nach seinen Regeln stattfinden und ihm den Wahlsieg bringen soll.

2 – Der frischgebackene Aussenminister Sigmar Gabriel entdeckte bei seinem ersten Griechenlandbesuch alternative Fakten zur griechischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und lobte, die eingeleiteten Reformen gingen weiter als seinerzeit die deutschen Arbeitsmarktreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er übersah, dass in Griechenland der Arbeitsmarkt weiter dysfunktional ist und die Strukturen von Staat und Gesellschaft korrupt und ineffizient bleiben. Es ist gar nicht erkennbar, wie Griechenland überhaupt an jenen Punkt gelangen kann, der für Schröders Reformen die Ausgangslage war.

3 – Parallel zum Lob der griechischen Reformfreude forderte Gabriel von Deutschland höhere Leistungen für den EU-Haushalt, denn Deutschland sei der grösste Nettogewinner der EU. Auch diese Behauptung zählt zu den alternativen Fakten, denn in den Statistiken findet sich dazu keine Bestätigung. Seit vielen Jahren sinkt der Anteil der EU an den deutschen Exporten, und besonders stark fällt der Anteil des Euro-Raums. Der Wachstumsbeitrag der deutschen Exportwirtschaft verlagert sich immer mehr aus der EU heraus. In der EU genauso wie ausserhalb gibt es wirtschaftlich erfolgreiche und wirtschaftlich erfolglose Länder. Offenbar geht es Gabriel um etwas anderes: Er möchte die EU unauffällig umsteuern in eine Transferunion mit Deutschland als Zahlmeister, denn nur so kann der Euro langfristig gerettet werden. Damit der Wähler das nicht merkt, verbreitet Gabriel (wie die ganze Bundesregierung) alternative Fakten über Deutschland als «Nettogewinner der EU».

4 – Als Meister des Postfaktischen erweist sich Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU). Für die schlimme Situation der meisten afrikanischen Länder macht er den «Neokolonialismus» verantwortlich. Man könne nicht Mauern bauen, seine Ressourcen aus Afrika beziehen und sagen: «Ihr müsst draussen bleiben.» Die amtliche Statistik weist den Minister als Fantasten aus: Es kommen nämlich lediglich 1,6 Prozent aller deutschen Importe aus Afrika, und auch nur 1,6 Prozent der Exporte gehen dorthin. ^[L]_[SEP]Ohne Südafrika und die nordafrikanischen Ölstaaten sind es sogar nur 0,3 Prozent. Afrika ist für den deutschen Aussenhandel praktisch nicht existent, weder als Quelle von Ressourcen noch als Exportmarkt. Das Postfaktische dient dem Entwicklungsminister als Moralkeule, um die Deutschen durch den Appell an ihr schlechtes Gewissen für die künftige Einwanderung aus Afrika gefügig zu machen.

5 – Virtuosin der alternativen Fakten in der deutschen Politik bleibt aber die Bundeskanzlerin. Zum Auftakt des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen (NRW) benannte sie den Schuldigen für den wachsenden Widerstand gegen ihre Flüchtlingspolitik, nämlich den nord-^[L]_[SEP]rhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger. Weil die Polizei in der Kölner Silvesternacht 2015 versagt habe, sei die Akzeptanz gegenüber den Flüchtlingen in der Öffentlichkeit gesunken. Darauf muss man erst einmal kommen. Wäre ich Innenminister in NRW, so hätte ich geantwortet: «Liebe Frau Bundeskanzlerin, wie die meisten Deutschen habe ich Ihnen geglaubt, dass alle Flüchtlinge friedlich und nicht krimineller als die Deutschen sind. Darum gab es in Köln auch nicht mehr Polizei als sonst bei deutschen Silvesterfeiern. Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder sind die Flüchtlinge wie wir, dann brauchen wir auch nicht mehr Polizei, oder sie sind anders, dann haben wir ein Problem.»

6 – Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel unablässig argumentiert, die deutschen Grenzen liessen sich gar nicht schützen. Das war postfaktisch, denn dank dem akribisch recherchierten Buch von Robin Alexander, «Die Getriebenen», wissen wir heute, dass die Bundespolizei sehr wohl für den Grenzschutz bereitstand und diesen auch für möglich hielt, die Bundeskanzlerin und Innenminister Thomas de Maizière aber der Entscheidung auswichen. Auch gegenwärtig hält Merkel an der Behauptung fest, dass ein Schutz vor unerwünschter Einwanderung nicht möglich sei. In einer Rede in Malta sinnierte sie am 31. März, beim Anflug auf Malta habe man bei klarem Wetter Afrika sehen können. Das zeige, dass man sich vom Schicksal Afrikas nicht entkoppeln könne. Wie absurd und wie unhistorisch: Die Grenzen der Schweiz liegen seit dem Mittelalter in Sichtweite von Deutschland, und doch gelang es den Schweizern zu ihrem Glück, sich in zwei Weltkriegen von Deutschland und seinem Schicksal abzukoppeln.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat ^[1]_[SEP] exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.